

## **Exekutive, die Entscheidungen exekutiert**

### **Wortmeldung in der Ortsbeiratssitzung vom 15. Februar zum Thema Eintritt Schlosspark Pillnitz**

Als jemand, der von der Ausbildung her Politikwissenschaftler ist, muss ich feststellen, dass die Kommunikation in dieser Sache unzweifelhaft schief gelaufen ist. Eine Exekutive (Regierung), die Entscheidungen exekutiert, ohne mit dem Volk im Reinen zu sein, ist zum Scheitern verurteilt. Es mag Themen geben, zu denen auch unpopuläre Entscheidungen getroffen werden müssen - aber die Einführung von Eintrittsgeldern im Schlosspark Pillnitz wäre nach allen über die Jahre vorgetragenen Protesten der Bevölkerung derart illegitim, dass sich die Regierung nicht wundern darf, wenn das Volk aufbegehrt. Unter den Umständen, dass der "Staatsbetrieb Staatliche Schlösser, Burgen und Gärten" als verlängerter Arm der Regierung zwischenzeitlich auch den Landtag zu seinen Bestrebungen involviert hat, hat sich die Verantwortung zu denjenigen verlagert, die als gewählte Volksvertreter im Sächsischen Landtag sitzen. Wenn diejenigen Parlamentarier, die in einer Aktuellen Debatte das Wort ergreifen, es nicht für nötig halten, ihre jeweilige Parteibasis zu befragen, was sie von den Plänen der Regierung hält, dürfen sich die Landtagsabgeordneten nicht wundern, wenn dies den Bürgerprotest nur anfacht.

Als Mitglied desjenigen Ortsverbandes der FDP (Loschwitz & Hochland), der auch für Pillnitz zuständig ist, wurde ich bisher nie gefragt, was ich von den Planungen zur Erhebung von Eintrittsgeld halte. Dies ist umso bemerkenswerter, als die FDP sich traditionell als Anwalt des Prinzips Bürgernähe versteht. Die FDP ist programmatisch diejenige Partei, die am deutlichsten für das Subsidiaritätsprinzip einsteht, demzufolge Verantwortung möglichst weitgehend vor Ort wahrgenommen werden sollte, also bürgernah. Dieses Prinzip ist hier auf eklatante Weise verletzt worden. Dies enttäuscht mich ungemein und macht mich wütend. Aber wie es ein Vertreter der Bürgerinitiative am 15. Februar im Ortsamt Loschwitz deutlich gemacht hat: Die FDP hat eine letzte Chance, wenn sie nun über alle Ebenen die nötige Diskussion nachholt und zu einer Position findet, die mit den Bürgerinteressen von Pillnitz harmoniert. Egal welcher Partei Politiker angehören: Das Thema "Eintrittsgeld für den Schlossgarten Pillnitz" scheint ein Thema zu werden, mit dem sich entscheidet, ob die zuständigen Politiker noch eine Chance haben. Diese Chance tendiert gegen Null, wenn sie die Errungenschaften der friedlichen Revolution von 1989 nun mit Füßen treten oder ignorieren. Die Bürger in Pillnitz haben sich in einer äußerst beeindruckenden Weise zusammengeschlossen, weil sie eine ganz alte Tradition, die Offenheit ihres Schlossparkes, verteidigen wollen. Sie sind das Volk und verdienen die Unterstützung aller, die zukünftig in unserer Region noch politische Verantwortung wahrnehmen wollen.

**Joachim Brockpähler**, Mitglied des Ortschaftsrates Schönfeld-Weißenhagen und stellvertretender Vorsitzender des FDP-Ortsverbandes Loschwitz & Hochland